

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

FESTSETZUNGEN NACH § 9 B.BAU.G.

0.1. BAUFREISE:
0.1.1. offen.

0.2. MINDESTGRÖSSE DER BAUGRUNDSTÜCKE:
0.2.1. bei Einzelbaugrundstücken = 500 qm.
0.2.2. bei Doppelbaugrundstücken = 500 qm.
0.2.3. bei Reihenbaugrundstücken = 300 qm.

0.3. FÜRSTICHTUNG:
0.3.1. die einbahnige Fürstichtung verläuft parallel zum Mittelstreifen der Zeichen unter Ziff. 2.1.19. u. 2.1.20.

AUSSERE GESTALTUNG DER BAULICHEN ANLAGEN NACH ART. 107 B.B.O.

0.4. EINPFLANZUNGEN:
0.4.1. Einfriedigungen für die planlichen Festsetzungen der Ziff. 2.1.19.:
Art: Holzzaun oder Mauerwerk strafenmäßig über Straßen- bzw. Gehsteigoberfläche höchstens 1.10 m.
Höhe: Oberflächenbehandlung, braunes Holzimpregnationsmittel ohne deckenden Farbanstrich. Zaun- oder Mauerwerk durchlaufend. Zaunposten 10 cm niedriger als Zaunoberkante. Sockelhöhe höchstens 1.20 cm über Gehsteigoberfläche. Pfosten für Gittermauern und Tore zulässig in Mauerwerk verputzt oder glatter Beton. Die Vorgärten sind gärtnerisch anzulegen und in gepflegtem Zustand zu halten.
0.4.1.4. Bei mehrgeschossigen Gebäuden nach Ziff. 2.1.25. sind Einfriedigungen unzulässig.

0.5. GARAGEN UND NEBENGEBAUDE:
0.5.1. Garagen und Nebengebäude sind dem Hauptgebäude anzupassen. Traufhöhe: teilweise nicht über 2.50 m. Füllhöhen sind unzulässig.

0.6. GEBÄUDE:
0.6.10. Gemeindefestsetzungen sind mit Flächendeckung über 20% und höchstens 2% Gefälle auszubilden. Der Ortsgang hat waagrecht zu verlaufen. Traufhöhe: teilweise nicht über 2.50 m.

0.6.11. Zur planlichen Festsetzung Ziff. 2.1.19.:
Dachform: Satteldach 25° - 34°
Dachdeckung: Pflanzen dunkelbraun oder rot.
Dachgaupen: unzulässig.
Kniestock: unzulässig.
Sockelhöhe: nicht über 0.50 m.
Ortgang: nicht über 0.20 m.
Traufhöhe: nicht über 0.50 m.
Traufbreite: nicht über 0.50 m ab gewachsenem Boden.

0.6.12. Zur planlichen Festsetzung Ziff. 2.1.25.:
Dachform: Satteldach 23° - 26°
Dachdeckung: Pflanzen dunkelbraun oder rot.
Dachgaupen: unzulässig.
Kniestock: unzulässig.
Sockelhöhe: nicht über 0.50 m.
Ortgang: nicht über 0.20 m.
Traufhöhe: nicht über 0.50 m.
Traufbreite: nicht über 0.50 m ab gewachsenem Boden.

0.7. Gebäude Details der abgetragenen Oberwennungszone sind so zu errichten, daß die Oberkante des Erdgeschossfußbodens mindestens auf Höhe 317.50 m über N.N. zu liegen kommt.

ZEICHENERKLÄRUNG FÜR DIE PLANLICHEN FESTSETZUNGEN

1. ART DER BAULICHEN NUTZUNG:
1.1. WOHNBAULICHEN:
1.1.1. Retze Wohngebiete § 3 Bau-NVO, Absatz 1 - 3
1.1.2. Allgemeine Wohngebiete § 4 Bau-NVO, Absatz 1 - 3
1.2. GEWERBLICHE BAULICHEN:
1.2.1. Dorfgebiete § 6 Bau-NVO, Absatz 1 u. 2.
1.3. GEWERBLICHE BAULICHEN:
1.3.1. entfällt.
1.4. SONDERBAULICHEN:
1.4.1. entfällt.

2. MASS DER BAULICHEN NUTZUNG:
2.1. ZAHL DER VOLLGESCHOSS:
2.1.1. als Höchstgrenze Erdgeschoss und 1 Vollgeschoss bei VRZ GRZ 0.4 GRZ 0.7 bei MD GRZ 0.4 GRZ 0.6 bei WA GRZ 0.2 GRZ 0.7
2.1.2. univariater Erdgeschoss und 2 Vollgeschosse bei VRZ GRZ 0.3 GRZ 0.9

3. BAUWEISE BAULICHEN BAUGRENZEN:
3.1. baugrenzen.

4. BAULICHE ANLAGEN UND EINRICHTUNGEN FÜR DEN GEMEINDEBEDARF:
4.1. entfällt.

5. FLÄCHEN FÜR DEN ÜBERTÖRRLICHEN VERKEHR UND FÜR DIE ÖRTLICHEN HAUPTVERKEHRSLINIE:
5.1. überörtliche und örtliche Hauptverkehrsstraßen.
5.2. Sichtdreiecke: innerhalb der Sichtdreiecke darf die Sicht ab 1.0 m über Straßenebene durch nichts behindert werden.

6. VERKEHRSLÄCHEN:
6.1. Verkehrsflächen (öffentliche Straßen)
6.1.1. Gehsteige und öffentliche Fußwege.
6.1.2. Straßengrenzlinien - Begrenzung sonstiger Verkehrsflächen.

7. FLÄCHEN FÜR VERSORGSANLAGEN ODER FÜR DIE VERNETZUNG ODER BESIETIGUNG VON ABWASSER ODER FESTEN ABFALLSTOFFEN:
7.1. Umformstation.
7.1.1. Hochspannungsmast.

ZEICHENERKLÄRUNG FÜR DIE PLANLICHEN FESTSETZUNGEN

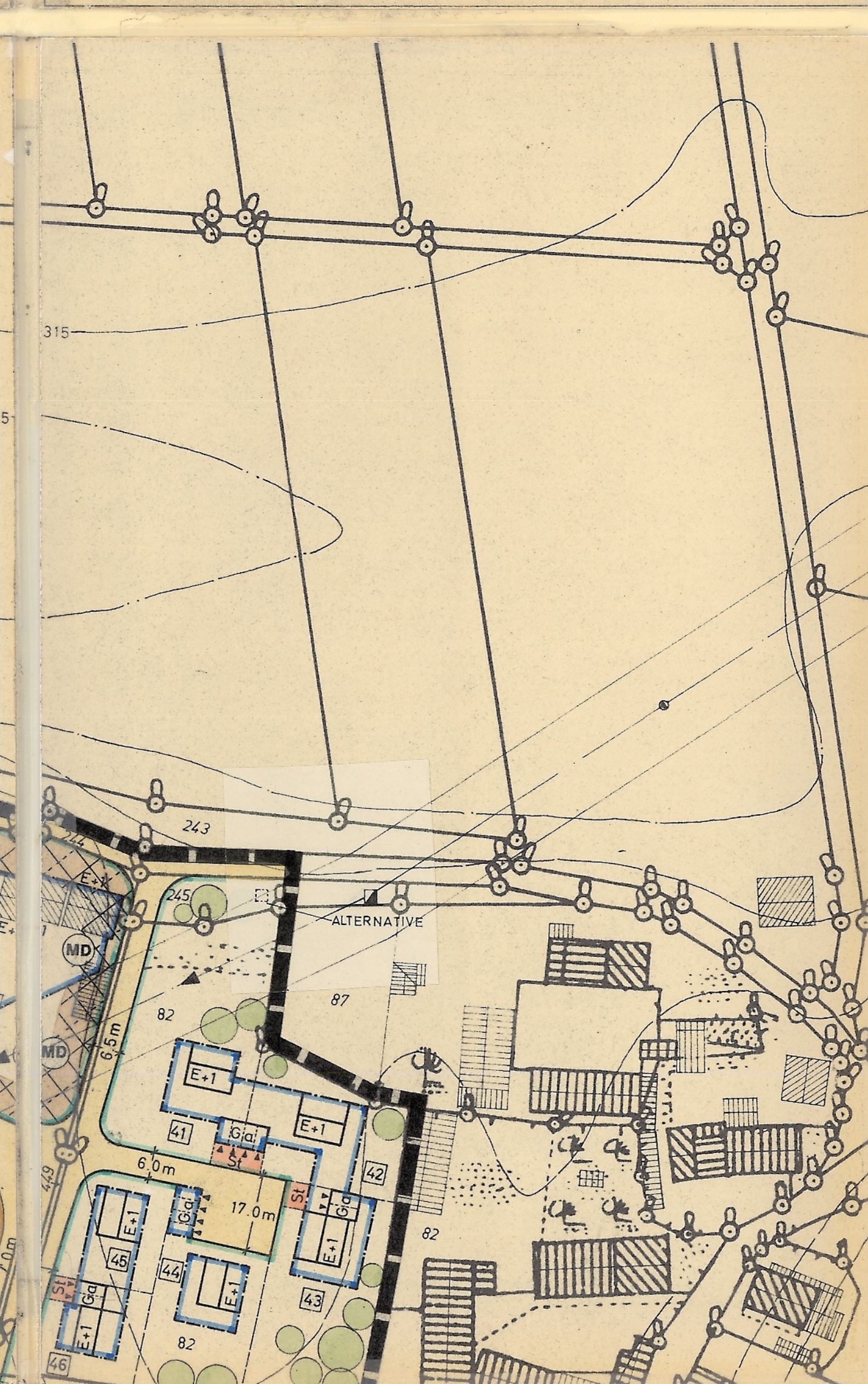
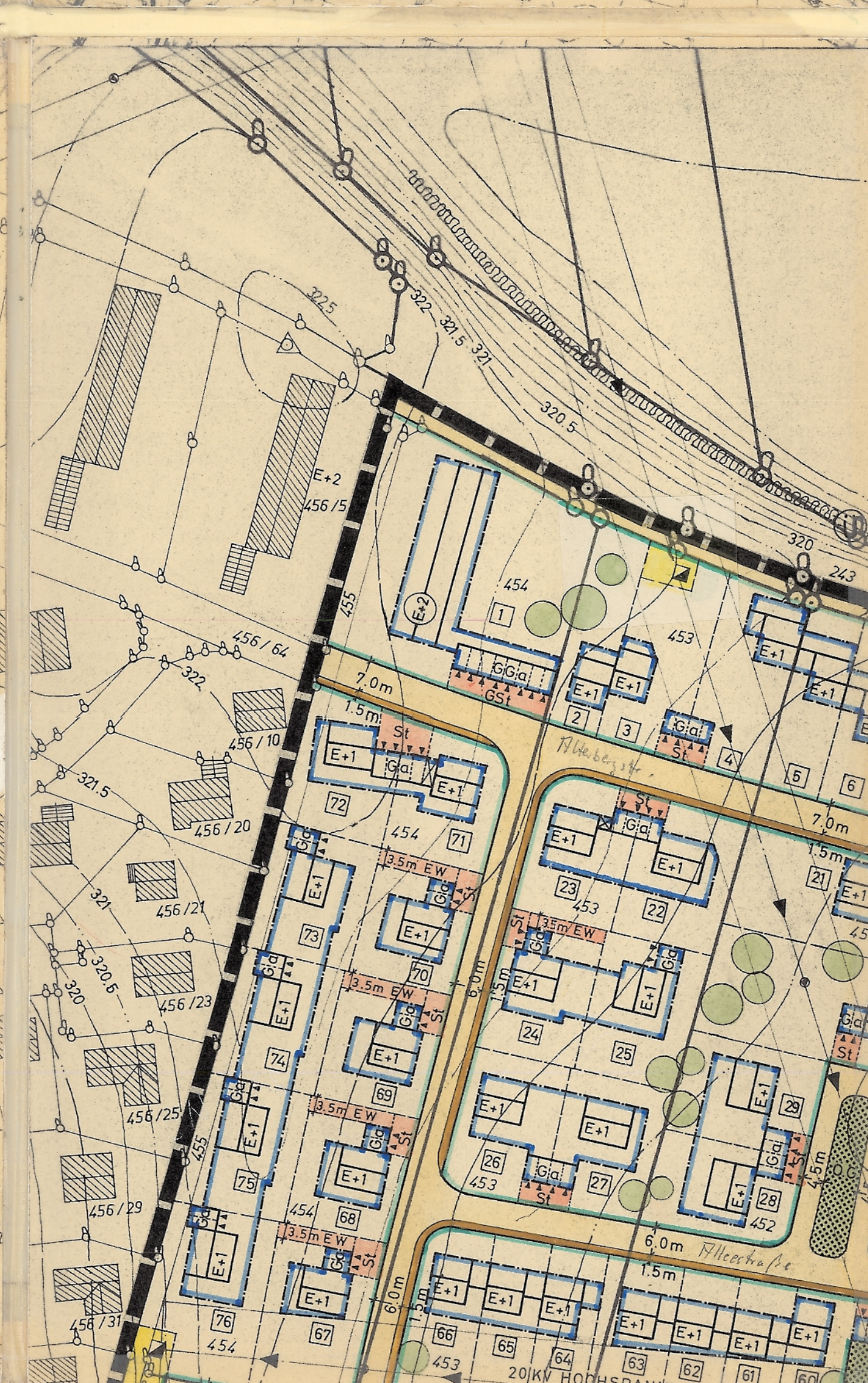
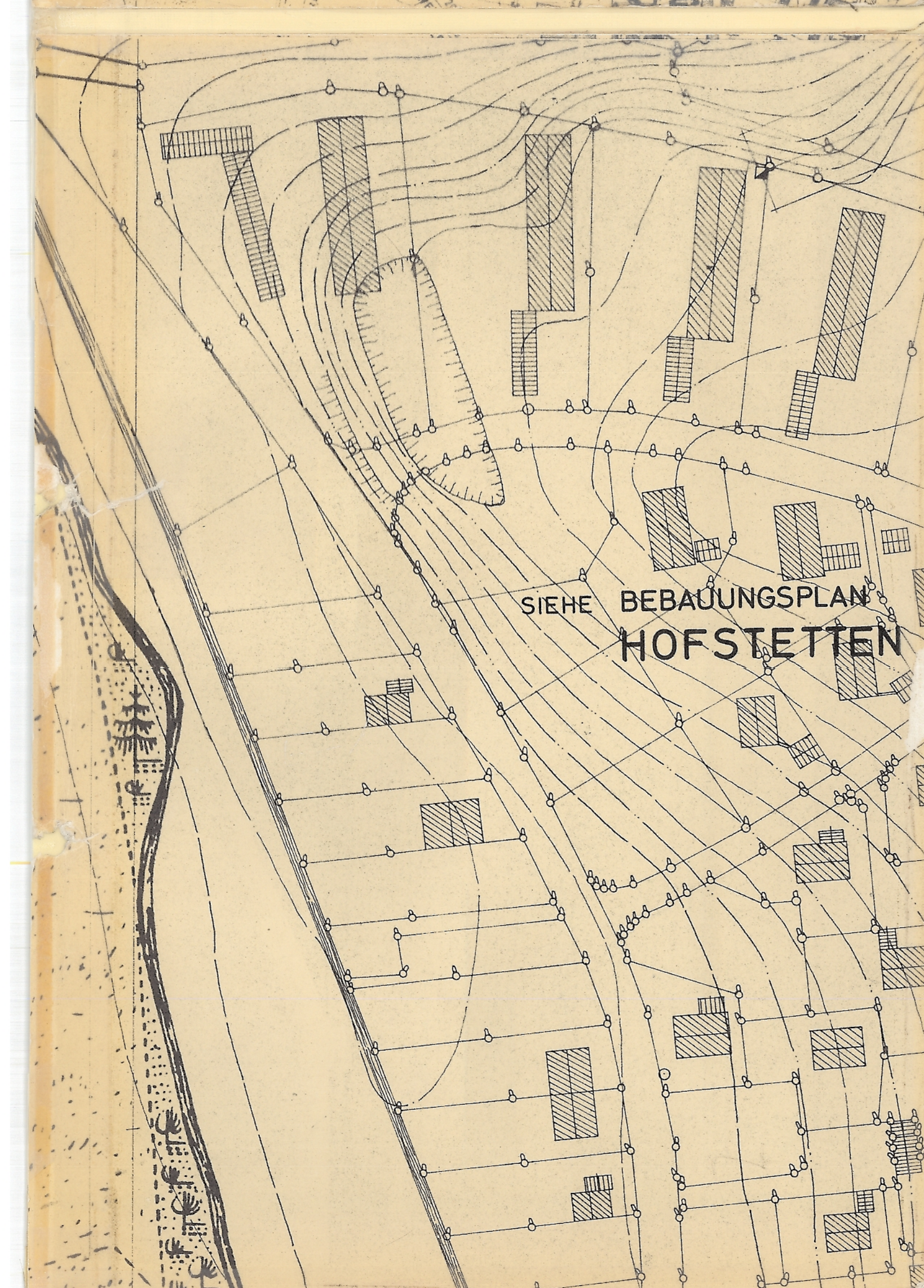
8. FÜHRUNG OBERDRISCHER VERSORGSANLAGEN UND LEITUNGEN:
8.1. Hochspannungseile mit Nennspannung und Schutzzone.
9. GRÜNFLÄCHEN:
9.1. Spielplatz.
9.2. öffentliche Grünfläche.
9.3. neu zu pflanzende Bäume und Sträucher (bodenständige Arten).

10. WASSERLÄCHEN UND FLÄCHEN FÜR DIE WASSERWIRTSCHAFT:
10.1. entfällt.

11. FLÄCHEN FÜR AUFSCÜTTUNGEN, ABGRABUNGEN ODER FÜR DIE GEWINNUNG VON BODENSCHÄTZEN:
11.1. entfällt.

12. FLÄCHEN FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT UND FÜR DIE FORSTWIRTSCHAFT:
12.1. entfällt.

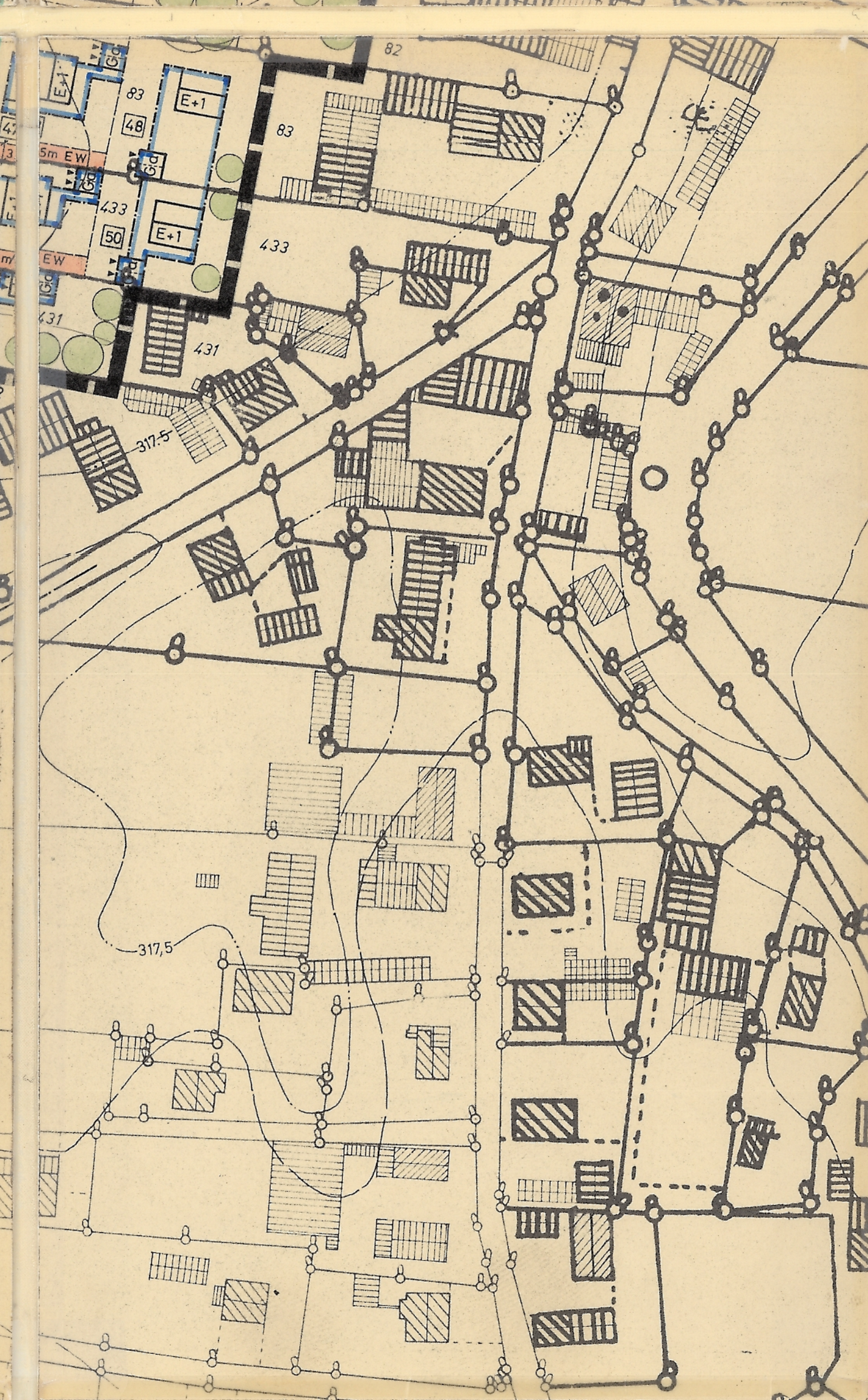
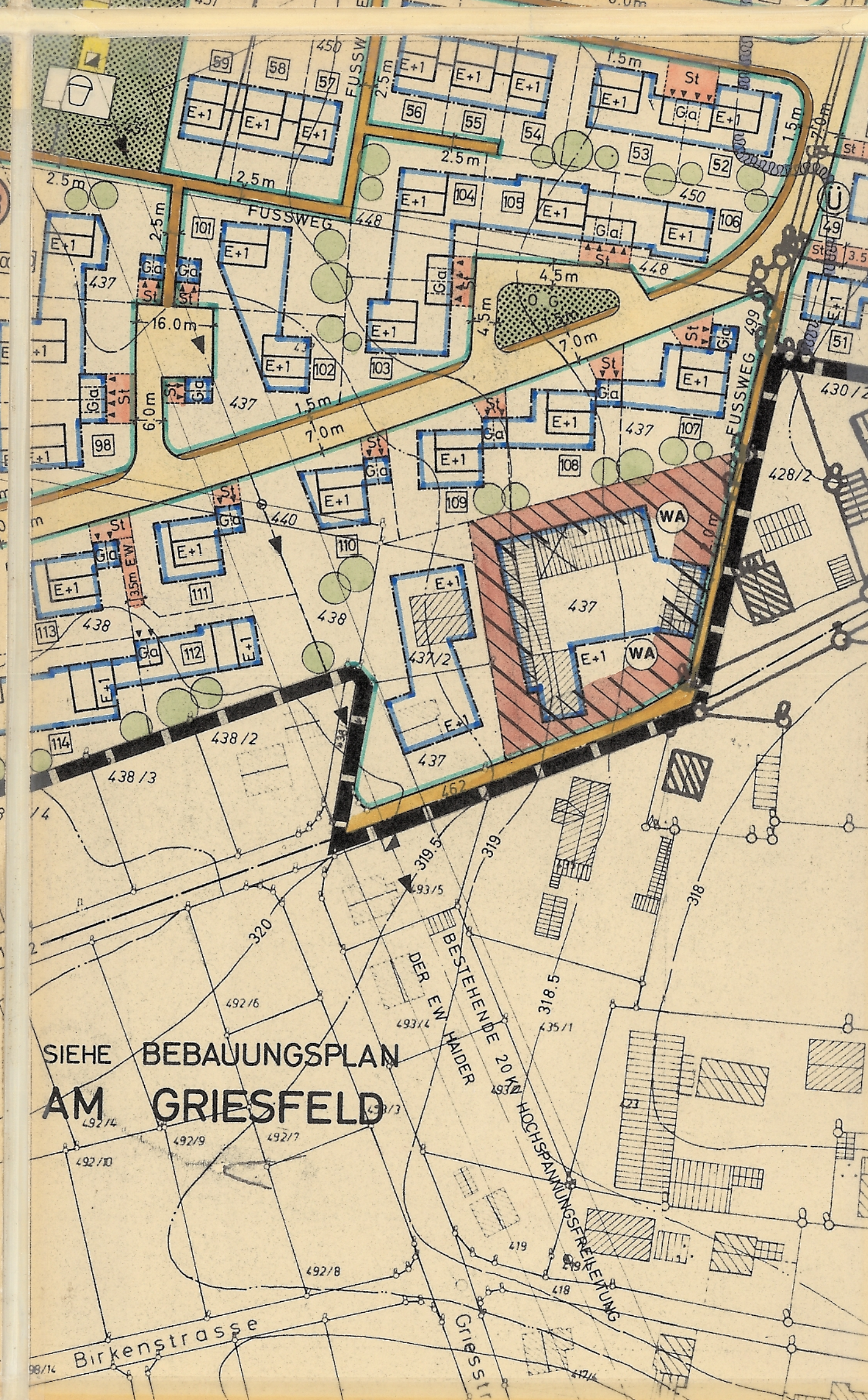
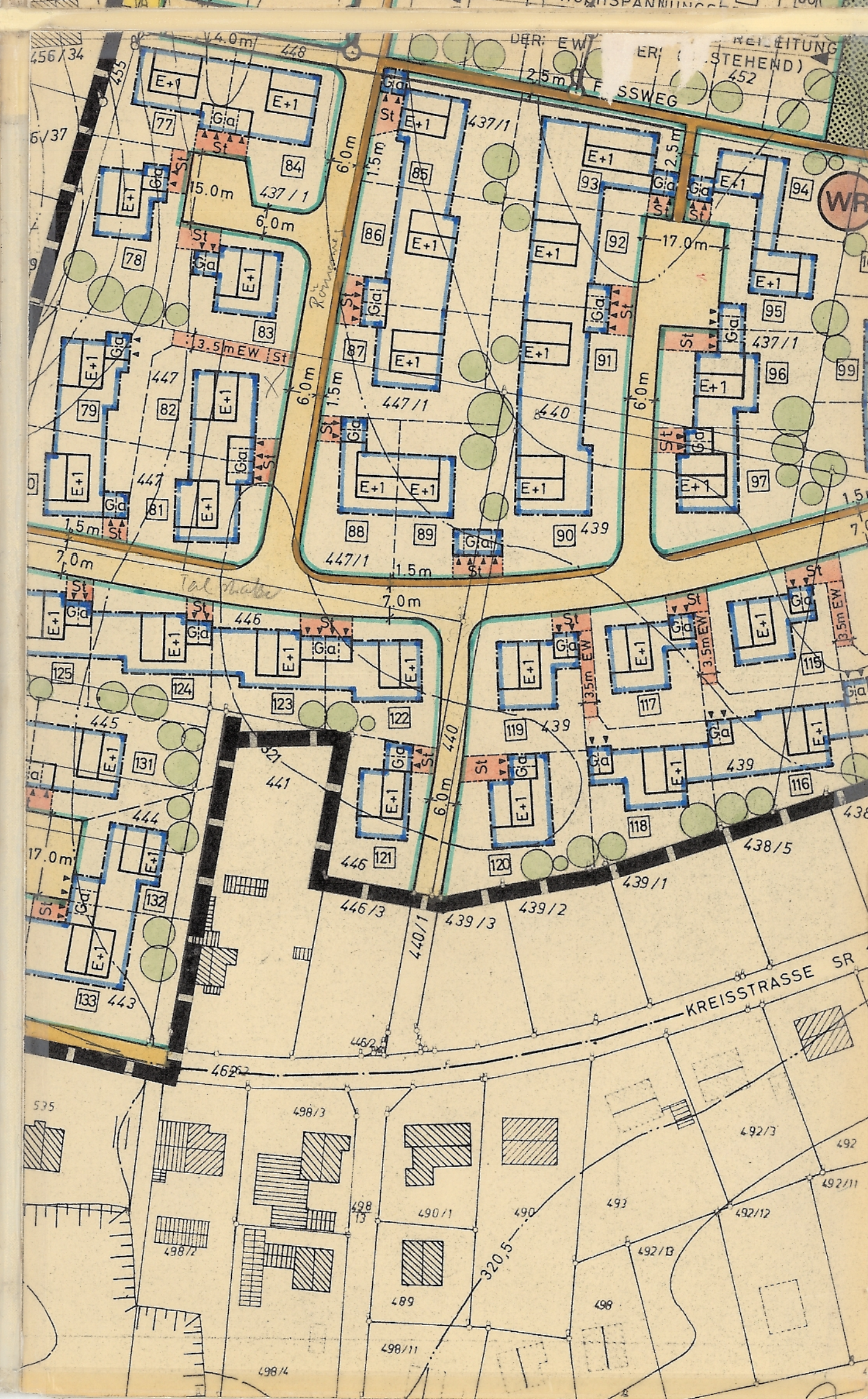
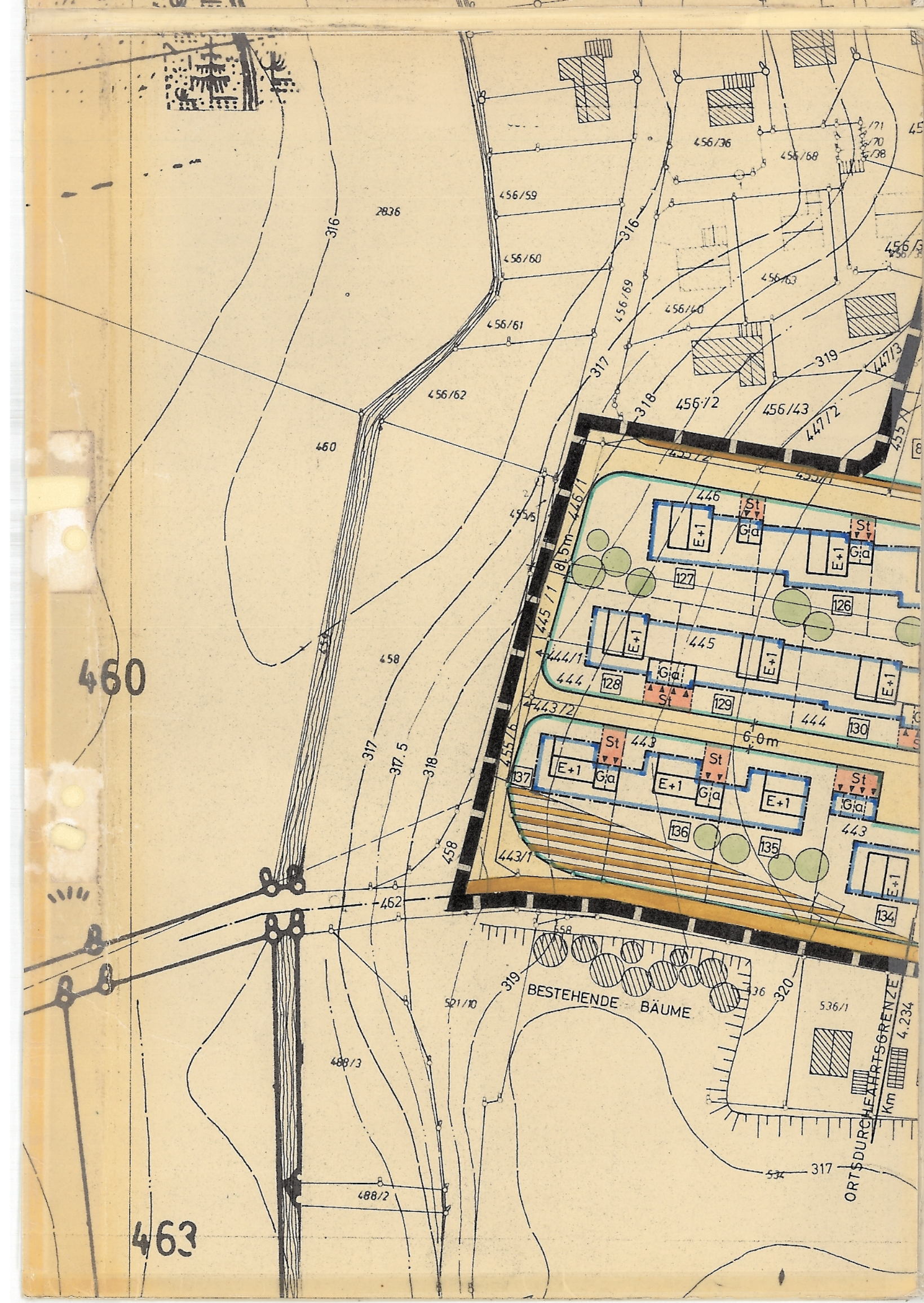
13. SONSTIGE FESTSETZUNGEN:
13.1. Flächen für private Stellplätze, die nur Strafe hin nicht abgezogen werden dürfen.
13.2. Flächen für Gemeindefestsetzungen.
13.3. Garagen, Zufahrt in Pfeilrichtung.
13.4. Gemeindefestsetzungen, Zufahrt in Pfeilrichtung.
13.5. Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes.



ZEICHENERKLÄRUNG FÜR DIE PLANLICHEN HINWEISE

14. KENNZEICHENUNGEN UND NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN:
14.1.1. Überschnümmungsgebiet (Grenze des bebauten Gebietes bei Dammbau (Überfahrhöhe niedriger als 1.50 m)).
14.1.2. Eigentumsverhältnisse.
14.1.3. Durchgang, Durchfahrt, überdeckter Sitzplatz.
14.1.4. Ortstraße.
14.1.5. Teilung der Grundstücke im Rahmen einer geordneten städtischen Entwicklung.
14.1.6. Maßstab.
14.1.7. Grundstücksnummerierung.

15. KARTENZEICHEN FÜR DIE BAYERISCHEN FLURKARTEN:
15.1. FESTPUNKTE:
15.1.1. Bodenpunkt jeder Art (Dreieckspunkt).
15.2. GRENZPUNKTE UND GRENZEN:
15.2.1. Grenzstein.
15.2.2. Grenzkreuz im freien Gelände (auf Felsen usw.).
15.2.3. Flächengrenze, Uferlinie.
15.3. BAUWEISE:
15.3.1. Wohngebäude.
15.3.2. Wirtschafts- u. gewerbliche Gebäude (Nebengebäude).
15.3.3. überdeckter Hofraum (Lichtloft), offene Halle.
15.3.4. Böschung.
15.3.5. abgemerkter Weg.
15.4. GEWÄSSER:
15.4.1. Bach.
15.5. NUTZUNGSARTEN:
15.5.1. ohne Fortwäachen: Acker, Grünland, Hofraum, Weg, feiler Platz, Lagerplatz, usw.
15.5.2. mit Fortwäachen: Acker mit Obstbäumen.
15.6.0. Mischwald.
15.7. PHOTOGRAPHISCHE GEGENSTÄNDE:
15.7.1. entfällt.
15.8. VERSCHIEDENES:
15.8.1. Höhenlinien.
15.8.2. Flächennummerierung.



BEBAUUNGSPLAN ALTBERG Nr. 13

GEMEINDE: ITTLING
LANDKREIS: STRAUBING
REG.-BEZIRK: NIEDERBAVERN

Der Bebauungsplanentwurf vom 10. 8. 1966 mit Begründung hat vom 7. 10. 1966 bis 7. 11. 1966 in der Gemeindeamt öffentlich ausliegen. Ort und Zeit seiner Auslegung wurden öffentlich am 23. 9. 1966 durch Anschlag und Presse bekannt gemacht. Die Genehmigung hat mit Beschluß vom 13. 3. 1967 diesen Bebauungsplan gemäß § 19 B.Bau.G. und Art. 107 Abs. 4 Bay. B. O. aufgestellt.

Der Bebauungsplan wird mit dem Tage der Bekanntmachung gemäß § 12 B.Bau.G., das im am 21. 10. 1966 befristet verbindlich. Der Bebauungsplan hat mit Begründung vom 27. 10. 1966 bis 13. 11. 1966 in der Gemeindeamt öffentlich ausliegen. Die Genehmigung des Bebauungsplanes sowie Ort und Zeit seiner Auslegung wurden öffentlich am 23. 9. 1966 bekannt gemacht.

Dieser Bebauungsplan wird gemäß § 11 B.Bau.G. genehmigt. Der Genehmigung liegt die Entschliessung vom 23. 9. 1966 Nr. 13 zugrunde.

Original

LANDSHUT, DEN 10. 8. 1966

ARCHITEKTURBÜRO
HANS KRITTSCHKE
STÄDTBAULICHE PLANUNGEN
8300 LANDSHUT
TELEFON 087-3459

Planunterlagen: Stand der Vernehmung vom Jahre 1965. Nach Angabe des Vernehmungsprotokolls sind genaue Maßstabnahme nicht möglich. Ergänzungen des Maßstabes am 15. 4. 1966 (siehe amtliche Messungsgenehmigung).
G E Z : 10. 8. 1966 / GEÄNDERT NACH DER ÖFFENTLICHEN AUSLEGUNG AM 16. 12. 1966
G E P R : 17. 8. 1966 / GEÄNDERT NACH RE. V. 25. 9. 1967 NR. 11/14 - 12/22 Q. 12. 13. 11. 1967
G E S : 13. 11. 1967

ZEICHNUNGS - NR.
B 66-580-14.